

Projekt- und Anwendungsplan 2011

Beschluss des IT-Planungsrats

vom

24. September 2010

Inhaltsverzeichnis

1. Zweck des Dokuments	2
2. Begriffsklärung.....	3
2.1. Projekte	3
Steuerungsprojekte – Aktionsplan Deutschland-Online.....	3
Koordinierungsprojekte.....	3
2.2. Anwendungen	3
3. Projekt- und Anwendungsportfolio 2011.....	4
3.1. Steuerungsprojekte - Aktionsplan Deutschland-Online	4
3.2. Koordinierungsprojekte	4
3.3. Anwendungen	5
Anlagen	I
Anlage 1: Steuerungsprojekte - Aktionsplan Deutschland-Online.....	I
Anlage 2: Übersicht Koordinierungsprojekte	V
Anlage 3: Übersicht Anwendungen	VI

1. Zweck des Dokuments

Gemäß § 1 des am 1. April 2010 in Kraft getretenen Vertrags über die Errichtung des IT-Planungsrats und über die Grundlagen der Zusammenarbeit beim Einsatz der Informationstechnologie in den Verwaltungen von Bund und Ländern – Vertrag zur Ausführung von Art. 91c GG (IT-Staatsvertrag) ,steuert der IT-Planungsrat Bund-Länder-übergreifende E-Government-Projekte („Projekte zu Fragen des informations- und kommunikationstechnisch unterstützten Regierens und Verwaltens“). Der Projekt- und Anwendungsplan dokumentiert das entsprechende Projektportfolio, wird vom IT-Planungsrat beschlossen und im Zuge des Projektfortschritts fortgeschrieben. Die Projekte des Aktionsplans Deutschland-Online werden jährlich von der Besprechung der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und den Regierungschefs der Länder dem IT-Planungsrat zugewiesen.

In der ersten Phase des Strukturaufbaus des IT-Planungsrats war zunächst die Sicherstellung der Überführung und des Fortbestands der laufenden Programme, Projekte und Anwendungen für 2010 aus den ehemaligen Gremien vordergründiges Ziel. Auf dieser Grundlage erfolgte die Weiterentwicklung des Projekt- und Anwendungsplans stufenweise und in folgenden Schritten:

- Erste Phase: Erarbeitung eines konsolidierten Projekt- und Anwendungsplans
 1. Stufe: Übernahme der Projekte und Anwendungen aus den Vorgängerstrukturen
 2. Stufe: Definition einer neuen Portfolio-Struktur
 3. Stufe: Bereinigung des Portfolios
- Zweite Phase: zukünftige Fortschreibung des Projekt- und Anwendungsplans

In der konstituierenden Sitzung des IT-Planungsrats vom 22. April 2010 wurde ein erster Projekt- und Anwendungsplan vorgelegt, der den damaligen Sachstand zum übernommenen Projektportfolio des IT-Planungsrates widerspiegelte (1. Stufe). Nachfolgend wurde von der Geschäftsstelle des IT-Planungsrats die Portfolioanalyse mit dem Ziel durchgeführt, den aus den Vorgängerstrukturen übernommenen Projektbestand zu konsolidieren (2. Stufe) und Vorschläge für eine Strukturierung des Projektportfolios zu entwickeln (3. Stufe). In der zweiten Sitzung des IT-Planungsrats am 2. Juli 2010 wurde das Ergebnis der Portfolioanalyse vorgelegt und erörtert. Auf Basis der Ergebnisse wurde im nächsten Schritt der vorgelegte Projekt- und Anwendungsplan für 2011 erstellt, der insbesondere die beschlossene Neustrukturierung des Portfolios (Steuerungsprojekte, Koordinierungsprojekte, Anwendungen) zugrundelegt.

Das aktuelle Projektportfolio des IT-Planungsrats ist im vorliegenden Projekt- und Anwendungsplan dokumentiert (1. Phase) und wird zukünftig regelmäßig evaluiert und fortgeschrieben (2. Phase).

2. Begriffsklärung

Im vorliegenden Dokument werden die Begriffe „Projekt“ und „Anwendung“ als Bezeichnung für E-Government-Vorhaben des Bundes und der Länder genutzt. Deren Bedeutung im Rahmen der neuen Strukturen unter dem IT-Planungsrat wird im folgenden Abschnitt beschrieben.

2.1. Projekte

Im Rahmen von Projekten werden neue Technologien und Themen pilotiert und umgesetzt, was gleichzeitig eine Weiterentwicklung und Perspektivenerweiterung für die deutsche Verwaltung bedeutet. Wesentliches Merkmal ist demnach die Konzeption und Initiierung von E-Government-Lösungen im föderalen und politischen Kontext des Wirkungsbereichs des IT-Planungsrats. Der Bund und die Länder können Vorschläge für Projekte machen.

Steuerungsprojekte – Aktionsplan Deutschland-Online

Die so genannten Steuerungsprojekte werden durch den IT-Planungsrat im Aktionsplan Deutschland-Online fortgeschrieben und durch die Besprechung der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und den Regierungschefs der Länder zugewiesen.

Koordinierungsprojekte

Die Koordinierungsprojekte des IT-Planungsrats sind E-Government- oder IT-Projekte, die eine wesentliche Komponente zur Weiternutzung im föderativen E-Government darstellen (z. B. verwaltungsübergreifende Transaktionsinfrastruktur oder Leuchtturmcharakter besitzen) und sollen unter der Dachmarke des IT-Planungsrats zusammengeführt und koordiniert werden. Die Steuerung und Finanzierung dieser Projekte verbleibt im Unterschied zu den Steuerungsprojekten vollständig bei den Projektverantwortlichen (z. B. Bund, Länder, FMK). Der IT-Planungsrat soll dabei als Multiplikator und Abstimminstanz fungieren.

2.2. Anwendungen

Anwendungen dagegen sind IT-Lösungen, die aus Projekten oder projektähnlichen Strukturen hervorgegangen sind und sich zu einer Daueraufgabe entwickelt haben bzw. dauerhaft genutzt bzw. betrieben werden. Demnach wird von einer Anwendung gesprochen, wenn eine E-Government-Lösung nach entsprechender Konzeptions-, Entwicklungs- und Testphase zur Unterstützung der Prozesse in der öffentlichen Verwaltung zum regelmäßigen Einsatz kommt. Der Bund und die Länder können Vorschläge für Anwendungen machen.






3. Projekt- und Anwendungsportfolio 2011

Der nachfolgende Abschnitt gewährleistet einen schnellen Überblick zu den Projekten und Anwendungen des IT-Planungsrats; Details können den Anlagen entnommen werden.

Steuerungsprojekte	Koordinierungsprojekte	Anwendungen
<ul style="list-style-type: none"> • Infrastruktur • Kfz-Wesen • Personenstandswesen • Meldewesen • Nationales Waffenregister 	<ul style="list-style-type: none"> • Geodaten • S.A.F.E. 	<ul style="list-style-type: none"> • Behördenfinder • DVDV • LeiKa-plus • Governikus • D115

3.1. Steuerungsprojekte - Aktionsplan Deutschland-Online

Nachfolgend werden diese Steuerungsprojekte im Auszug aus dem Aktionsplan dargestellt:






Projektname		Federführer
Infrastruktur		Bund, Hessen
Meldewesen		Bund
Personenstandswesen		Bayern
Kfz-Wesen		Hamburg
Nationales Waffenregister		Bund, Baden-Württemberg

3.2. Koordinierungsprojekte

Projektname		Federführer/ Mitglieder
Geodaten		Nordrhein-Westfalen
S.A.F.E.		Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz

3.3. Anwendungen

Folgende Projekte werden den Anwendungen des IT-Planungsrats zugeordnet:

Projektname		Beitritte
DVDV		Bund, Bayern, Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Thüringen
Behördenfinder		Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Thüringen
LeiKa-plus		Baden-Württemberg, Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Thüringen
Governikus		Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Thüringen
D115		Bund, Baden-Württemberg, Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen, Nordrhein Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt

Anlagen

Anlage 1: Steuerungsprojekte - Aktionsplan Deutschland-Online

Aktionsplan Deutschland-Online

- A U S Z U G -

[...]

II. Projekte des Aktionsplans

Der IT-Planungsrat wird daher in Abstimmung mit den Fachministerkonferenzen -soweit diese betroffen sind- im Auftrag der Besprechung der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und den Regierungschefs der Länder folgenden Aktionsplan umsetzen:

1. Infrastruktur:

Federführung: Bund und Hessen

Zielsetzung: Das Projekt „Infrastruktur“ wurde mit dem Ziel eingerichtet, eine abgestimmte Kommunikationsinfrastruktur der Deutschen Verwaltung auf- und auszubauen sowie die Sicherheit, Flexibilität, Zukunftsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit dieser Netzinfrastrukturen zu erhöhen. Unter der Federführung des Landes Hessen und des Bundes konzipiert und begleitet daher das Projekt „Deutschland-Online Infrastruktur“ (DOI) den Auf- und Ausbau einer effizienten Netzinfrastruktur, mit der die standardisierte und flächendeckende Verbindung der Verwaltungsnetze Verwaltungsebenen übergreifend (Bund, Länder und Kommunen) sichergestellt wird. Diese Infrastruktur ist hinsichtlich Verfügbarkeit, Sicherheit und Qualität an den besonderen Anforderungen einer leistungsfähigen öffentlichen Verwaltung ausgerichtet. Darüber hinaus wird die Verbindung der deutschen Verwaltung mit europäischen Strukturen sichergestellt.

Das Projekt hatte bereits mit der Gründung des DOI-Netz e.V. und mit der Beauftragung für den Aufbau und Betrieb eines Koppelnetzes für die Deutsche Verwaltung in 2009 wesentliche Meilensteine erreicht.

Der Aufbau des Netzes erfolgte planmäßig und der Betrieb verläuft stabil. Darüber hinaus ist die anforderungsgerechte Weiterentwicklung des DOI-Netzes in den Bereichen Sicherheit, Dienste, Architektur sowie Identitäts- und Zugangsmanagement geplant und die Genehmigung für den IPv6 Adressraum bereits erfolgt. Der DOI-Netz e.V. entwickelt ein Konzept für einen Verwaltungsebenen übergreifenden Videokonferenzdienst und koordiniert Aktivitäten des Bundes, der Länder und Kommunen im Bereich der zukünftigen geographischen Top Level Domains. Das am 18. August 2009 in Kraft getretene Ausführungsgesetz zu Art. 91c Absatz 4 GG (Gesetz über die Verbindung der informationstechnischen Netze des Bundes und der Länder – IT-NetzG) sieht in § 8 den Übergang der gegenwärtig vom DOI-Netz e. V. wahrgenommenen Aufgaben auf den Bund vor. Gemäß § 8 IT-NetzG legen Bund und Länder den Übergang der Aufgaben des DOI-Netz e.V. einschließlich des Übergangszeitpunkts gemeinsam im Verein fest.

2. Kfz-Wesen:

Federführung: Freie und Hansestadt Hamburg

Zielsetzung: Ziel des Vorhabens ist es, die Registrierungsprozesse von Fahrzeugen unter konsequenter Nutzung der Möglichkeiten von E-Government und dem Potenzial des zwischenzeitlich durch das Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) eingerichteten Kfz-Onlineregisters weiter zu optimieren.

Für Individualkunden und Wirtschaft (Bürger) soll damit die Option eröffnet werden, die Fahrzeugregistrierungsprozesse (An-, Ab- und Ummeldung) möglichst durchgängig online ausführen zu können.

Neben dem wahrnehmbaren Nutzen für die Bürger sollen die interne Verwaltungseffizienz und Kostenstruktur sowie die gesetzlichen Rahmenbedingungen weiter verbessert werden.

Dazu dient auch die sinnvolle und intelligente Veränderung der Geschäftsprozesse wie etwa der 2009 fertig gestellte Online-Verbund Zulassungsbehörden/KBA und die bereits 2008 durch das BMVBS in Zusammenarbeit mit den Versicherern geschaffene elektronische Versicherungsbestätigung.

Stufenweise sollen über eine Analyse der Prozesse, Änderungen und Pilotprojekte möglichst medienbruchfreie Verfahren entwickelt werden, die die Online-Prozesse bei der Fahrzeugregistrierung auch auf die Nutzung durch die Bürger ausweiten.

Für den hierfür erforderlichen Datenaustausch wird ein neuer XÖV-Standard XKfz entwickelt.

Bis Ende 2012 sollen in Stufe 1 die Zulassungsabläufe so durch Informationstechnik unterstützt werden, dass es dem Bürger möglich wird, sein Fahrzeug über das Internet ohne Gang zur Zulassungsstelle an-, um- oder abzumelden.

Aufbauend darauf soll bis zum Jahr 2012 ein Konzept für eine Stufe 2 entwickelt werden, mit dem die vollständige elektronische Abwicklung des Zulassungsverfahrens durch die Bürger ermöglicht und auch die in Stufe 1 noch unumgängliche persönliche Beschaffung der amtlichen Kennzeichen durch den Halter oder seinen Beauftragten durch eine andere Lösung ersetzt wird.

Um die Stufe 2 praxisorientiert entwickeln zu können, müssen die fachlichen und rechtlichen Erfahrungen der Stufe 1 vorliegen.

Die Evaluierung der Stufe 1 ist gemeinsam von der Federführerin des DOL-Vorhabens „Kfz-Wesen“ und dem zuständigen Bundesressort vorzunehmen.

3. Personenstandswesen:

Federführung: Bayern

Zielsetzung: Ziel des Projekts ist es, durch Pilotierung der Einführung eines landesweiten Personenstandsregisters die Grundlage für die Entscheidung über die zukünftigen Strukturen des Personenstandswesens zu schaffen. Zu diesen Strukturen gehören auch der automatisierte Mitteilungsverkehr zwischen dem Personenstandsregister und anderen Behörden sowie der lokale Zugriff auf den zentralen Landes-Datenbestand.

Zweites Ziel ist die Fortentwicklung des Datenaustauschformats XPersonenstand. Drittes Ziel ist es, eine Online-Registerauskunft von Personenstandsurkunden für Bürgerinnen und Bürger bereitzustellen.

4. Meldewesen:

Federführung: Bund

Zielsetzung: Ausgehend von der Übertragung der ausschließlichen Gesetzgebungskompetenz auf den Bund ist es Ziel des Vorhabens, das Meldewesen in einen neuen zukunftssicheren Rahmen zu überführen. Hierbei sollen die Meldedaten vereinheitlicht werden und die Abruffähigkeit solcher Daten in elektronischen Verfahren insbesondere für öffentliche, aber auch für

private Stellen erleichtert werden. Die Umsetzung dieser Maßnahmen soll die Aktualität der Meldedaten erhöhen. In dieser Legislaturperiode des Deutschen Bundestages wird das Gesetzgebungsverfahren zum Bundesmeldegesetz wieder aufgenommen und abgeschlossen werden. Die technische Umsetzung dieses harmonisierten Melderechts wird in Abstimmung mit den Ländern geplant werden.

5. Nationales Waffenregister:

Federführung: Bund und Baden-Württemberg

Zielsetzung: Ziel des Vorhabens ist es, die Kerninformationen im deutschen Waffenwesen aufzubereiten und in ein einheitliches nationales computergestütztes System zu überführen und somit einen unmittelbaren Beitrag zur Stärkung der Inneren Sicherheit in Deutschland zu leisten. Für Bürger und Vereine sowie für Hersteller und Gewerbe sollen Optionen eröffnet werden, die Waffenregistrierungsprozesse (Nachweis von Erwerb, An-, Ab- und Ummeldung) möglichst medienbruchfrei elektronisch ausführen zu können. Durch eine stärkere Automatisierung und Standardisierung in der Datenerfassung und -übermittlung sollen ebenenübergreifende Prozesse harmonisiert, Medienbrüche vermieden und nutzerfreundliche Schnittstellen gestaltet werden. Dabei kommt der effizienten Gestaltung der Prozessketten von den Herstellern und Händlern bis über die Beschlussämter hin zu den Waffenbesitzern und den örtlichen Waffenbehörden sowie zum Nationalen Waffenregister besondere Bedeutung zu. Die Registrierungsprozesse von Waffen sind unter konsequenter Nutzung der Möglichkeiten von E-Government und dem Potenzial eines zentralen Registers neu auszurichten.

Für den Datenaustausch wurde ein neuer XÖV-Standard „XWaffe“ entwickelt. Für Meldungen an das und Auskünfte aus dem Nationalen Waffenregister sollen die sicheren Netze von Deutschland-Online Infrastruktur (DOI) genutzt werden.

[...]

Anlage 2: Übersicht Koordinierungsprojekte

Nachfolgend werden die Koordinierungsprojekte beschrieben:

Geodaten

Deutschland-Online Geodaten verfolgt das Ziel, die heterogene Geoinformations-Landschaft in Deutschland zu harmonisieren und dies als gemeinsames Ziel auf allen drei Politikebenen zu verfolgen. Die derzeitigen Geo-Projekte behandeln bundeseinheitliche Kartenwerke im Internet, Bodenrichtwertinformationssysteme, einen Gazetteer-Dienst für Adressen sowie die Umsetzung eines Fachstandards für interoperable Bebauungspläne. Die Arbeitsergebnisse des Vorhabens Geodaten zeichnen sich durch die besondere Praxisnähe aus; viele Lösungen sind seit Jahren für den Bürger frei verfügbar, werden innerhalb der Verwaltung genutzt oder sind beispielsweise durch die Wirtschaft in den praktischen Einsatz übernommen worden. Federführung hat das Land Nordrhein-Westfalen übernommen.

S.A.F.E.

Ziele des Projekts sind die Fortentwicklung des derzeitigen Adressierungsdienstes sowie die Realisierung einer föderalen wirtschaftlichen Kommunikationsinfrastruktur für E-Justice bzw. E-Government-Anwendungen auf der Basis offener Standards zur zentralen einmaligen Authentifizierung von Nutzern. Federführung haben die Länder Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz übernommen.

Anlage 3: Übersicht Anwendungen

Nachfolgend werden die Anwendungen beschrieben:

DVDV

Das Deutsche Verwaltungsdienstverzeichnis (DVDV) hat die Funktion einer zentralen Registrierungsstelle für Online-Dienste der öffentlichen Verwaltung und ermöglicht eine rechts-verbindliche elektronische Kommunikation von und mit Behörden über die vorhandenen Fachverfahren. Das DVDV wird in einem kooperativen Betreibermodell durch Bund, Länder und Kommunen bereitgestellt und in gemeinsamer Verantwortung im IT-Planungsrat als Nachfolger des KoopA ADV fortentwickelt. Der Betrieb des zentralen DVDV-Bundesmasters wird von der BIT des BVA umgesetzt. Das zuständige Hersteller- bzw. Pflege-Konsortium für die Anwendungssoftware wird von der bremen online services GmbH & Co KG (bos) und dataport gestellt.

LeiKa plus

Der Leistungskatalog (LeiKa) ist ein Katalog von semantisch-standardisierten Bezeichnungen einschließlich deren Beschreibungen und bezeichnet ein einheitliches, vollständiges und umfassendes Verzeichnis der Verwaltungsleistungen über alle Verwaltungsebenen hinweg. Der Betrieb des LeiKa sowie der zuständigen Geschäfts- und Koordinierungsstelle GK-LeiKa.de wird vom Land Sachsen-Anhalt gewährleistet.

Behördenfinder

Der Behördenfinder Deutschland ist ein gemeinsamer Service der Portale, der über Verwaltungsgrenzen hinweg funktioniert und sich somit stärker an den Bedürfnissen der Nutzergruppen orientiert. Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen können die Dienstleistungen aller Verwaltungen von jedem Portal aus oder über einen zentralen Zugang finden. Der technische Betrieb wird von Baden-Württemberg die zuständige Geschäfts- und Koordinierungsstelle GK-ZZ.de vom Sachsen-Anhalt gewährleistet.

Governikus

Mit der Lösung Governikus können öffentliche Verwaltungen (Bund, Länder und Kommunen), Unternehmen und Einzelpersonen sicher und nachvollziehbar Daten über das Internet austauschen. Im Rahmen der Lösung lassen sich konkret Nachrichten ver- und entschlüsseln, qualifizierte elektronische Signaturen und Zeitstempel sowie Versand- und Zustellungsbestätigungen erstellen. Eingehende Daten können direkt an ein Fachverfahren übergeben und dort ohne Medienbruch weiterverarbeitet werden. Darüber hinaus bietet Governikus Funktionen zur serverseitigen Batch-Erstellung qualifizierter elektronischer Signaturen, Anbindung an Signaturverifikationsinfrastrukturen sowie Schnittstellen für kryptographische Behandlungen im Kontext einer beweismittel erhaltenden Langzeitspeicherung. Die Authentisierungsfunktionen von Governikus sind für die Unterstützung des neuen Personalausweises vorbereitet und bieten server- und clientseitig Module zur Nutzung der Identifikationsfunktionen des neuen Personalausweises. Für ausgewählte Funktionen stehen ergänzende Einzel-Anwendungen (z.B. Signieren & Verifizieren am Arbeitsplatz) zur Verfügung. Für die fachliche Steuerung für diese Anwendung ist die Freie Hansestadt Bremen als Vorsitz des länderübergreifenden Lenkungsausschusses zuständig.

D115

Durch die Anwendung D115 wird ein einheitlicher telefonischer Zugang zur Verwaltung für Bürgerinnen und Bürger geschaffen und die Einführung eines Ebenen übergreifenden Wissensmanagements auf Basis eines gemeinsamen Serviceversprechens, das alle am D115-Verbund Beteiligten einhalten, ermöglicht. Federführer sind der Bund und das Land Hessen.